

Kurzinfo: Standortkonferenz zur Zukunft des Blocks der Zentrale des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), 22.08.2017

Die Standortkonferenz, zu der die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Katrin Lompscher, am 22.08.2017 eingeladen hatte, setzte ein deutliches Zeichen: Die Stagnation bei der Entwicklung des historisch bedeutenden Standorts rund um die Zentrale des ehemaligen MfS in Berlin Lichtenberg soll ein Ende haben. Öffentliche Einrichtungen und Verwaltungen wollen gemeinsam vorgehen, um der historischen Verantwortung für das Areal gerecht zu werden.

Der Block der Zentrale des ehemaligen MfS ist ein Schlüsselbereich innerhalb des Stadtumbau- und Sanierungsgebiets Frankfurter Allee Nord und als besonderer Entwicklungsschwerpunkt ausgewiesen. Durch massive Plattenbauten von der Umgebung abgeschirmt, war der Block bis 1990 lediglich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stasi zugänglich. Bis heute ist das Areal infrastrukturell untererschlossen und trotz seiner insgesamt günstigen und zentrumsnahen Lage schlecht zugänglich. In der wachsenden Stadt Berlin liegt das Gebiet zwischen den Zeiten: hier treffen deutsche Zeitgeschichte und deren Aufarbeitung auf aktuelle städtische Nutzungsansprüche und -bedarfe. Ein einheitliches Entwicklungskonzept für die vielfältigen Gebäude mit ihrer heterogenen Eigentümer- und Nutzungsstruktur wird seit langem eingefordert. Die unbefriedigende Freifächensituation, die überdimensionierte und unübersichtliche Anordnung der Stellplätze, der teilweise marode Zustand von Schlüsselimmobilien sowie Leerstand prägen die Atmosphäre. Das soll sich nun ändern.



Leitbild „Lernort - Campus für Demokratie“

Das vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Roland Jahn, entwickelte Leitbild eines Erinnerungsorts für die Diktatur der DDR und eines lebendigen „Lernortes für Demokratie“ hat bereits breiten Zuspruch erhalten. Die vom Deutschen Bundestag eingesetzte Expertenkommission hat empfohlen, die Stasi-Unterlagen unter dem Dach des Bundesarchivs dauerhaft zu sichern und zugleich das Areal rund um Normannen- und Magdalenenstraße mit einer „pluralen Nutzung“ weiterzuentwickeln. Das Archivgut soll nicht nur gesichert werden, sondern der breiten Öffentlichkeit zugänglich sein: Forschungs-, Informations- und Nutzungsinfrastruktur sowie unterschiedliche Ausstellungen sind wichtiger Bestandteil der angestrebten Entwicklungsziele. Die ehemals abgeriegelte „Stadt in der Stadt“ soll sich öffnen.

Angesichts zunehmenden Flächenbedarfs ist es auch aus Sicht des Bundesarchivs zielführend, auf dem Gelände ein Archivzentrum für DDR-Bestände einzurichten, das nicht nur die derzeit zwischen zwei Standorten in Berlin verteilten Stasi-Unterlagen, sondern auch weitere DDR-bezogene Archivbestände des Bundesarchivs sowie die Bestände der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“ (SAPMO) an einem Ort zusammenführt. Darüber hinaus bringt die Robert Havemann Gesellschaft, die seit einiger Zeit die Idee der Einrichtung eines „Zentrums für Opposition und Widerstand“ verfolgt, auch das Archiv der Opposition in der DDR an den Standort. Somit ist hier ein stadträumlich gut angebundener Forschungscampus geplant, der durch die Bündelung von Archivmaterial und seine nutzerfreundliche Ausgestaltung und stadträumliche Anbindung die Möglichkeiten für die DDR-bezogene Forschung nicht nur in einem wissenschaftlichen, sondern auch öffentlichkeitswirksamen Sinne erheblich verbessert. Dies ist eine einmalige Gelegenheit Repression, Revolution und Aufklärung der DDR-Vergangenheit an einem Ort zu vereinen und als Leuchtturmprojekt der Stadt Berlin und historisches Gedächtnis der Nation zu etablieren.

Da die Gesamtnutzfläche des Areals von 175.000m² durch die Archiv- und Erinnerungsnutzung nicht ausgeschöpft werden kann, ist dieses Leitbild im Entwicklungsprozess durch weitere verwandte Nutzungen aus den Bereichen Kultur, Bildung und Gewerbe anzureichern, die den Standort als „Lernort für Demokratie“ weitergehend qualifizieren.

Maßnahmen und weiteres Vorgehen

Folgende Maßnahmen und weitere Schritte bis Ende 2017 / Mitte 2018 wurden im Laufe der Konferenz vereinbart:

- Folgeveranstaltung für Nutzer*innen und private Eigentümer*innen zur Information über die Ergebnisse der Standortkonferenz
- Initiierung einer Projektgruppe mit Vertreter*innen aller teilnehmenden Institutionen, Verwaltungen, Nutzer*innen und Eigentümer*innen
- Öffentliche Veranstaltung zur Information aller Bürger*innen
- 2018 Beauftragung eines Standortmanagements, das sich institutionsübergreifend für die Entwicklung dieses Standortes einsetzt, begleitet durch die Projektgruppe.

Danach schließen sich folgende Maßnahmen an:

- Verabschieden eines gemeinsam getragenen Leitbilds / einer Charta für den „Lernort für Demokratie“
- Entwicklung eines Images und einer Vermarktungsstrategie für das Gelände
- Erschließungskonzept innerhalb des Geländes sowie in den angrenzenden Stadtraum hinein
- Überarbeitung Sanierungsrahmenplan zur Formulierung konkreter Sanierungsziele
- Verpflichtung der privaten Eigentümer*innen zum gemeinsam getragenen Entwicklungskonzept
- Weitere Sammlung und Entwicklung eines detaillierten Nutzungskonzepts inkl. Nachnutzung Haus 18

